

Telefon: 0 233-45669  
Telefax: 0 233-989 45669

**Kreisverwaltungsreferat**  
Geschäftsleitung  
Haushaltsplanung und -vollzug,  
Controlling  
KVR-GL/21

## **Geplante Beschlüsse für das 2. Halbjahr mit finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt 2019 ff.**

Anlagen  
31 Formblätter „Beschluss mit Folgekosten“

### **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11797**

**Bekanntgabe in der Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses vom 26.06.2018**  
Öffentliche Sitzung

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>I. Vortrag des Referenten.....</b>	<b>2</b>
1. Ausgangslage.....	2
2. Geplante Beschlussvorlagen im 2. Halbjahr 2018.....	2
2.1 KVR-Umbau Finanzierung Stufe II (Nr. 1).....	2
2.2 Terrorabwehrmaßnahmen in München (Nr. 11) und Absicherung von Veranstaltungen gegen Angriffe mit Fahrzeugen (Nr. 12).....	4
2.3 Personalbedarf Luftreinhaltung (Nr. 16).....	5
2.4 Personalbedarfe zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Branddirektion im Jahre 2019 (Nr. 28).....	6
3. Beteiligung der Bezirksausschüsse.....	7
4. Unterrichtung der Korreferentin und der Verwaltungsbeiräte.....	7
<b>II. Bekannt gegeben.....</b>	<b>8</b>

## **I. Vortrag des Referenten**

### **1. Ausgangslage**

Mit Beschluss der Vollversammlung „Optimierung der Haushaltssteuerung durch den Stadtrat“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11021) vom 21.02.2018 wurde ein neues Haushaltsverfahren festgelegt.

Danach sind die Referate verpflichtet, den Fachausschuss über alle für das 2. Halbjahr 2018 geplanten Beschlussvorlagen mit personellen und finanziellen Auswirkungen für die Jahre 2019 ff. zu unterrichten. Für das Kreisverwaltungsreferat erfolgt diese Unterrichtung nun in Form dieser Bekanntgabe. Durch die Stadtkämmerei und das Personal- und Organisationsreferat wurden stadtweit einheitliche Formblätter zur Meldung der geplanten Beschlüsse erstellt. Diese sind als Anlage Teil dieser Bekanntgabe.

Eine zusätzliche Berichterstattung über Haushaltsausweitungen und andere wichtige Vorhaben (vgl. Beschluss der Vollversammlung „Jährliche Referatsberichte zu Haushaltsausweitungen und anderen wichtigen Vorhaben“ vom 18.10.2017, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09575) erfolgt nicht. Laut Mitteilung der Stadtkämmerei ist der Bericht durch diese Bekanntgabe entbehrlich.

Auf Grundlage der Bekanntgaben aller Referate wird in die Vollversammlung am 25.07.2018 ein Eckdatenbeschluss eingebracht. Dieser fasst die finanziellen Auswirkungen der in 2018 geplanten Beschlüsse je Referat zusammen. Damit soll dem Stadtrat zur Jahresmitte ein erster Gesamtüberblick zum Haushalt 2019 gegeben werden, insbesondere auch zu geplanten Personalausweitungen und deren Auswirkungen auf den Haushalt.

### **2. Geplante Beschlussvorlagen im 2. Halbjahr 2018**

Insgesamt sind in 2018 bis zu 32 Beschlussvorlagen für den Bereich des Kreisverwaltungsreferats geplant. Dabei ist eine Vorlage nicht-öffentlich, diese ist Anhang einer separaten Bekanntgabe.

Im Nachfolgenden werden einzelne Maßnahmen, die von besonderer Bedeutung sind, näher erläutert. Im Übrigen wird auf die Formblätter im Anhang verwiesen.

#### **2.1 KVR-Umbau Finanzierung Stufe II (Nr. 1)**

Der KVR Standort Ruppertstraße 19 kann den Anforderungen einer wachsenden Stadtbevölkerung zunehmend nicht mehr hinreichend Rechnung tragen. Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat in der Sitzung der Vollversammlung am 23.11.2017 einstimmig der Finanzierung diverser Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufstockung zugestimmt (z. B. Erweiterung und Austausch der Schließanlage,

Verbesserung des städtischen Vernetzungsstandards) und diverse Planungsaufträge erteilt. Hierzu gehören u. a. Konzepte für ein zukunftsfähiges Bürgerbüro, die Umsetzung der Anforderungen einer diversitären Ausländerbehörde und eine zeitgemäße Besucherleitführung. Des Weiteren sind begleitende Maßnahmen wie eine neue Brandmeldeanlage sowie zusätzliche Brandschutzmaßnahmen und die Umsetzung des verbesserten Vernetzungsstandards in den Bestandsflächen darzustellen.

Wie wichtig dem Stadtrat leistungsfähige und serviceorientierte Bürgerbüros sind, hat er eindrucksvoll in der Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses am 23.01.2018 unter Beweis gestellt. Die Vorlage des Kreisverwaltungsreferates wurde einstimmig beschlossen und somit auch für das Bürgerbüro in der Ruppertstraße 19 eine zukunftsweisende Weichenstellung vorgenommen. Neben der Betrachtung der Flächen und der Gestaltung von Großraumbüros stehen auch die Themen Räume und Ausstattung, Ablauforganisation und Besuchersteuerung im Fokus.

Für die genannten Maßnahmen wurden von den Planern Baubeschreibungen und Kostenschätzungen erarbeitet, die sich insgesamt auf rund 60 Mio. € (konsumtiv 12 Mio. €; investiv 48 Mio. €) belaufen. Gemäß einer Mitteilung des Baureferates vom 08.05.2018 sind die Kostenansätze dem Grunde und der Höhe nach plausibel und bewegen sich im Rahmen der aktuellen Marktpreise. Über eine Kostenbeteiligung des Eigentümers verhandelt derzeit das Kommunalreferat.

Mit der konkreten Planung und anschließenden Umsetzung der genannten Maßnahmen kann frühestens 2019 begonnen werden, da in einem nächsten Schritt zunächst die entsprechenden Beschlussfassungen durch den Stadtrat im Oktober bzw. Dezember 2018 erfolgen müssen. Die vollständige Umsetzung der Maßnahmen wird voraussichtlich bis 2022 dauern. Für das Jahr 2019 wurde daher von der Stadtkämmerei in Abstimmung mit dem Kreisverwaltungsreferat im investiven Bereich ein Ansatz von 5 Mio. € vorgesehen.

Die Kosten für die angemeldeten zusätzlichen Personalbedarfe in Höhe von rund 670 T€ jährlich (z. T. befristet) sind in den 60 Mio. € noch nicht abgebildet.

Nach Umsetzung der geplanten Maßnahmen wird der KVR-Hauptstandort eine Vorreiterrolle insbesondere hinsichtlich der Bürger- und Mitarbeiterfreundlichkeit, Flächeneffizienz, Gebäude- und Beschäftigtensicherheit und Barrierefreiheit haben.

Im Falle einer Ablehnung der vorgeschlagenen Maßnahmen hätte dies u.a. zur Folge, dass das Referat mit dem größten Parteiverkehrsaufkommen die Anforderungen, die eine wachsende Stadtbevölkerung mit sich bringt, nur sehr ungenügend erfüllen könnte. Darüber hinaus könnten die herausgearbeiteten Verbesserungen rund um die Organisation, die Geschäftsprozesse und die neuen Raumprogramme für das

Bürgerbüro und die Ausländerbehörde nicht ihre Wirkung entfalten.

Aus der Sicht des Kreisverwaltungsreferates würde damit eine einmalige Chance, neben den zusätzlichen Arbeitsplätzen durch die Aufstockung und die umfassende energetische Ertüchtigung durch die neue Fassade und die neuen Fenster, das Anwesen Ruppertstraße 19 für die Stadtverwaltung München insbesondere aber für die Münchner Bürgerinnen und Bürger in ein modernes, innovatives und zukunftsweises Verwaltungsgebäude umzugestalten, leichtfertig vergeben.

## **2.2 Terrorabwehrmaßnahmen in München (Nr. 11) und Absicherung von Veranstaltungen gegen Angriffe mit Fahrzeugen (Nr. 12)**

Mit Beschluss vom 18.10.2017 wurde das KVR beauftragt dem Stadtrat im ersten Halbjahr 2018 über Möglichkeiten baulicher Maßnahmen zur Sicherung der Innenstadt gegen Terroranschläge mittels Kraftfahrzeugen zu berichten. Der entsprechende Beschluss wird derzeit vorbereitet. Bisher wurden durch das KVR und das PPM Örtlichkeiten festgelegt, für die aus Sicht der Sicherheitsbehörden eine dauerhafte bauliche Sicherung notwendig erscheint. In einem zweiten Schritt ist unter Beteiligung verschiedener Referate eine erste grobe Untersuchung der baulichen Machbarkeit angefertigt worden, die im Ergebnis erbracht hat, dass die Installation versenkbarer Hochsicherheitspolleranlagen aufgrund der baulichen Gegebenheiten sehr komplex ist und teilweise auch auf andere bauliche Sicherungsmaßnahmen zurückgegriffen werden muss.

Darüber hinaus ist neben der dauerhaften Absicherung bestimmter Örtlichkeiten auch die Absicherung einzelner Veranstaltungen notwendig, worüber ebenfalls eine grundsätzliche Entscheidung herbeigeführt werden soll. Dazu sollen die finanziellen Mittel zur Absicherung von Veranstaltungen gegen Angriffe mit Fahrzeugen bereitgestellt sowie festgelegt werden, welche Veranstaltungen geschützt werden sollen. Zumindest sollte ein Kriterienkatalog hinsichtlich der Auswahl der Veranstaltungen dargestellt werden. Darüber hinaus sollte auch ein Verfahren zur Bereitstellung der Absicherungsmaßnahmen festgelegt werden.

Neben Anschlägen mittels Kraftfahrzeugen ist eine Vielzahl weiterer Anschlagsszenarien denkbar. Darüber hinaus können sich als Folge von Anschlägen Gefahrenlagen entwickeln. Dieses Themenfeld soll im Rahmen eines Risikomanagements näher beleuchtet werden, um geeignete Maßnahmen entwickeln zu können.

Der Beschluss zielt darauf ab, dass der Stadtrat die Verwaltung beauftragt

- a) ein städtisches Risikomanagement zu implementieren
- b) die bauliche Sicherung der Innenstadt gegen Anschläge mittels Kfz konkret zu planen
- c) ein Absicherungskonzept für einzelne Veranstaltungen umzusetzen.

Teil der Implementierung des städtischen Risikomanagements ist die Fortentwicklung des städtischen Sicherheitsberichts. Hierfür hat I/ZD bereits einen Betrag von 250 T€ für den Eckdatenbeschluss angemeldet (Nr. 7). Konkrete Maßnahmen, die sich aus dem städtischen Risikomanagement ergeben können, sind derzeit noch nicht absehbar und können daher auch nicht beziffert werden. Hierfür sind jeweils gesonderte Finanzierungsbeschlüsse notwendig.

Die Höhe der Kosten für die bauliche Sicherung der Innenstadt sind derzeit nicht abschätzbar. Insbesondere sind die Kosten für den Einbau abhängig von den Boden- bzw. Untergrundverhältnissen an den jeweiligen Standorten. Auch die Kosten für die konkrete Planung der Anlagen sind im derzeitigen Stadium der Planung noch nicht zu beziffern. Eine grobe und zum derzeitigen Stand kaum belastbare Schätzung ergibt einen Bedarf von bis zu 40 Mio. €.

Mit der konkreten Planung und anschließenden Umsetzung der genannten Maßnahmen kann frühestens 2019 begonnen werden, da in einem nächsten Schritt zunächst die entsprechenden Beschlussfassungen durch den Stadtrat im Oktober bzw. Dezember 2018 erfolgen müssen. Die vollständige Umsetzung der Maßnahmen wird sich voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken. Für das Jahr 2019 wurde daher von der Stadtkämmerei in Abstimmung mit dem Kreisverwaltungsreferat im investiven Bereich ein Ansatz von 20 Mio. € vorgesehen.

Hinsichtlich der Kosten für das Absicherungskonzept für einzelne Veranstaltung schätzt das VVB, auf Basis der bisherigen Erfahrungen bei der Veranstaltungsabsicherung einen einmaligen Finanzmittelbedarf i.H.v. € 221.000 € zur Beschaffung bzw. Anmietung von Absperrelementen (Betonringe, Pflanzkübel oder anderes geeignetes Material) sowie jährlich laufend ca. 1 Mio. € für den Auf- und Abbau der Elemente, notwendiges Zubehör, wie z.B. Antirutschmatten, Lagerkosten sowie ggf. Planungskosten für die genaue örtliche Platzierung. Auch sind Kosten für die Anmietung von städtischen Fahrzeugen (AWM etc.) zu berücksichtigen.

Soweit eine Beschlussfassung nicht erfolgt, kann eine bauliche Sicherung der Innenstadt gegen Anschläge mittels Kfz nicht vorgenommen werden. Außerdem könnten Veranstaltungen nicht bzw. nur sehr eingeschränkt mit städtischen Mitteln vor Anschlägen mit Fahrzeugen geschützt werden. Dies kann im Extremfall bei einem Angriff mit Fahrzeugen bei einer ungeschützten Veranstaltung fatale Folgen bis hin zum Tod der betroffenen Personen haben. Darüber hinaus können politische Rücktrittsforderungen an die politisch Verantwortlichen gestellt werden sowie strafrechtliche Ermittlungen gegen Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter nach sich ziehen.

### **2.3 Personalbedarf Luftreinhaltung (Nr. 15)**

Aufgrund der Grenzwertüberschreitungen bei den NO<sub>x</sub>-Werten im Stadtgebiet München ist die Landeshauptstadt zusammen mit dem Freistaat Bayern seit Jahren ge-

fordert, Maßnahmen zur Verringerung der Grenzwertüberschreitungen zu ergreifen. Eine Maßnahme hierzu ist die Verhängung eines Fahrverbotes für Dieselfahrzeuge. Diese Maßnahme wurde unter anderem vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof als auch vom Bundesverwaltungsgericht als geeignete Maßnahme angesehen, eine Verbesserung der Luftreinhaltung zu erreichen. Im Rahmen einer referatsübergreifenden Arbeitsgruppe wurden mehrere Szenarien für mögliche Fahrverbote erstellt und diskutiert. In den Szenarien wurden, auf Basis der Erfahrungen mit den Regelungen der bestehenden Umweltzone, auch Personalbedarfsschätzungen erstellt. Ziel des Beschlusses war es, in Bearbeitung einer Stadtratsanfrage der Grünen/RL, den Stadtrat über die Folgen und möglichen Konsequenzen der einzelnen Szenarien zu informieren. Eine weitere Befassung des Stadtrates mit dem Thema ist nach Vorlage der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichtes geplant.

Der Finanzmittelbedarf setzt sich zum einen mit dem Bedarf für die Beschilderung der Straßen innerhalb des Stadtgebietes je nach Umfang der neuen Regelungen im Rahmen der Verhängung eines Fahrverbotes für Dieselfahrzeuge, zum anderen mit dem Bedarf für die künftige Personalausstattung auch orientiert an der möglichen künftigen neuen Regelung zusammen.

Die neuen möglichen Szenarien für die Verhängung von Fahrverboten können mit dem vorhandenen Personal der bestehenden Arbeitsgruppe "Ausnahmegenehmigung zum Befahren der Umweltzone" und der Zulassungsbehörde (Ausstellung neuer Fahrzeugpapiere) nicht bearbeitet werden. Sollte keine Beschlussfassung und keine Ausstattung erfolgen sind die erarbeiteten möglichen Szenarien verwaltungstechnisch nicht umzusetzen.

## **2.4 Personalbedarfe zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Branddirektion im Jahre 2019 (Nr. 27)**

Der Beschluss sichert die Einsatzbereitschaft der Branddirektion, um eine gesetzeskonforme und ausfallfreie Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Hierzu müssen die arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften konsequent eingehalten werden, was insbesondere im Einsatzdienst einer Großstadtberufsfeuerwehr zu erheblichen Aufwänden im Bereich der Logistik und Pflege der Fahrzeuge, Geräte, Einsatzmittel und der persönlichen Schutzausrüstung führt. Von diesen qualitativ hochwertig auszuführenden Tätigkeiten hängt direkt der Einsatzerfolg und die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab.

Gleiches gilt für die Notfallplanung und Sicherung der eigenen kritischen Infrastruktur. Bei Ausfall von Technik oder Personal ist ohne entsprechende Notfallplanung keine Hilfe für die Münchner Bürgerinnen und Bürger in einer akzeptablen Zeit zu gewährleisten. Hier sind insbesondere die Erfordernisse der Notstromversorgung und der Notleitstelle zu nennen. Bei Störungen der Stromversorgung oder der Leitstelle steht

bei einem Ausfall der von uns zu betreibenden Notsysteme keine weitere Ausfallebene mehr zur Verfügung. Damit ist die Feuerwehr für Münchens Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erreichbar. Dies ist zwingend zu verhindern. Als zentrale Notrufannahmestelle muss sich die Integrierte Leitstelle auf die wachsenden Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einstellen und zu jeder Zeit immer schnell erreichbar sein. Hierzu wird aber eine stetige Anpassung der Personalstärke und -struktur benötigt, um der wachsenden Bevölkerung und den Anforderungen Stand halten zu können. Mit dem vorhandenen Personal kann die Integrierte Leitstelle die Entgegennahme der Notrufe in 10 Sekunden nicht einhalten. Andere Leitstellen wie z. B. der Leitstelle in Hamburg nehmen Notrufe unter 10 Sekunden an. Diese Zeit ist aber gerade bei Notrufen im Rettungsdienst für den Erfolg der anschließenden medizinischen Behandlung ausschlaggebend. Im Brandfalle ist die Brandausbreitung und damit der Schaden für Mensch, Tier und Gebäude direkt abhängig von der Zeit die vergeht, bis der erste Löschangriff erfolgen kann.

Die Einsatzbereitschaft umfasst aber auch Maßnahmen des Vorbeugenden Brandschutzes, die stark zum Einsatzerfolg beitragen. Dies muss durch termingerechte Abarbeitung aller Stellungnahmen und Feuerbeschauen erreicht werden. Gleichzeitig soll durch den großen Baugenehmigungsandrang nicht noch weitere Rückstände und Verzögerungen hervorgerufen werden. Daher ist das Anpassen der Personalstärke notwendig. Da die Feuerwehr nur auf eigenes ausgebildetes Personal zugreifen kann, muss sie in der Lage sein, alle Maßnahmen zur Personalgewinnung ohne Verzögerung in einer angemessenen Zeit durchzuführen, um in einem stark umkämpften Arbeitsmarkt, die besten Bewerberinnen und Bewerber abgreifen zu können.

Zur Umsetzung der o.g. Ziele sind insgesamt 58 zusätzliche VZÄ notwendig. Für 19 VZÄ ist Büroraum in einer Größenordnung von insgesamt 475 qm anzumieten. Für 42 VZÄ sind Büroausstattung neu in Höhe von 99.540,--€ für das Haushaltsjahr 2019 und ab 2020 jährlich 33.600,--€ zu veranschlagen.

Die Sicherheit der Münchener Bürgerinnen und Bürger kann in der derzeitigen Güte ansonsten nicht mehr gehalten werden.

### **3. Beteiligung der Bezirksausschüsse**

Die Bezirksausschuss-Satzung sieht in vorliegender Angelegenheit keine Beteiligung der Bezirksausschüsse vor.

#### **4. Unterrichtung der Korreferentin und der Verwaltungsbeiräte**

Die Korreferentin des Kreisverwaltungsreferates, Frau Stadträtin Dr. Evelyne Menges sowie die Verwaltungsbeiräte für die

- Hauptabteilung I Sicherheit und Ordnung, Gewerbe, Herr Stadtrat Krause
  - Hauptabteilung II Einwohnerwesen, Herr Stadtrat Schall
  - Hauptabteilung III Straßenverkehr, Herr Stadtrat Progl und
  - Hauptabteilung IV Branddirektion, Herr Stadtrat Vorländer
- haben von der Bekanntgabe Kenntnis genommen.

## **II. Bekannt gegeben**

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/-in

Dr. Böhle  
Berufsmäßiger Stadtrat



### **III. Abdruck von I. mit II.**

über das Direktorium – D -II-V/Sitzungsprotokolle  
an das Direktorium - Dokumentationsstelle  
an das Revisionsamt  
an die Stadtkämmerei – HAI  
zur Kenntnisnahme.

### **IV. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat - GL 24**

Zu IV.:

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

Mit Vorgang zurück zum Kreisverwaltungsreferat GL/21  
zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

Am . . . . .  
Kreisverwaltungsreferat - GL 24